

(A) (Ruppert [F.D.P.])

So etwas könnte ich mir für die Gemeindeordnung, für die Kommunalverfassung auch vorstellen. Das wäre sehr viel besser, als jetzt in dieser Legislaturperiode mit möglicherweise sehr knapper Mehrheit der SPD etwas zu beschließen, was vielleicht in der nächsten Wahlperiode mit anderen Mehrheiten wieder gekippt wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke Ihnen, Herr Kollege Ruppert.

Für die Landesregierung - -

(Minister Dr. Schnoor: Ich verzichte!)

- Dr. Schnoor verzichtet. Damit sind wir am Ende unserer Rednerliste. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuß für Kommunalpolitik - federführend -, an den Ausschuß für Innere Verwaltung, an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie an den Rechtsausschuß. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmt, den bitte ich ums Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Wir haben so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Zweites Gesetz über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz NW 1993 - HZG NW 1993)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/4919

erste Lesung

(C)

Ich eröffne die Beratung. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmt, den bitte ich ums Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - So beschlossen. Vielen Dank!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 - der Punkt ist neu; es ist Tagesordnungspunkt 14 von gestern - auf:

Gesetz über die Ablieferung von Pflichtexemplaren (Pflichtexemplargesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der F.D.P. und
der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4926

erste Lesung

(D)

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Dr. Gerritz von der Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen hat keine zentrale Landes- oder, wie sie in Bayern heißt, Staatsbibliothek. Die Gründe hierfür sind historischer Natur. Wir wissen, daß wir ein föderal sortiertes Land sind, und daraus ergibt sich dieser Sachverhalt.

Wenn wir an Landesbibliotheksaufgaben denken, sind diese nur leistbar in föderaler, ich könnte auch sagen: in kooperativer und dezentraler Struktur.

Der Entwurf des Pflichtexemplargesetzes, den die vier Fraktionen heute einmütig einbringen, macht dies deutlich.